

Koalitionsvertrag 2018

-20.000.000.000

IW-geprüft

**Bundesregierung.** Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD ist ein Potpourri aus fast 100 Vorhaben, aber kein modernes Programm für Deutschlands Zukunft. Die großen Herausforderungen wurden einfach ausgeblendet, sagt IW-Direktor Michael Hüther im iwd-Kommentar. Zudem hapert es an der Finanzierung – nach IW-Berechnungen fehlen allein dem Bund am Ende der Legislaturperiode 20 Milliarden Euro in der Kasse.

—> [Seiten 2-4](#)

## Lohngerechtigkeit

Wie zufrieden sind Arbeitnehmer in Deutschland mit ihren Brutto- und Nettolöhnen? Das IW ist dieser Frage nachgegangen und kommt zu aufschlussreichen Erkenntnissen.

—> [Seiten 6-7](#)

## Langzeitarbeitslosigkeit

Die Zahl derjenigen, die länger als zwölf Monate ohne Arbeit sind, ist in den vergangenen Jahren stark gesunken. Gelöst ist das Problem aber nicht. Was tun?

—> [Seiten 10-11](#)

# Eine Koalitionsvertragsrechnung

**Bundesregierung.** Koalitionsverträge sind zwangsläufig Kompromisse, doch worauf sich Union und SPD Anfang Februar geeinigt haben, ist kein beherzter Modernisierungskurs, sondern der Versuch, Wirtschaft und Gesellschaft durch kleinteilige Maßnahmen zu steuern. Schlimmer noch: Wird alles wie geplant umgesetzt, steht am Ende ein zweistelliges Milliardendefizit im Bundeshaushalt.

Auf 179 Seiten listen die Koalitionspartner CDU/CSU und SPD fast 100 Programme auf, die sie während ihrer Regierungszeit umsetzen wollen. Und einige davon haben es durchaus verdient, mit dem Adjektiv zukunftsorientiert versehen zu werden. Drei Beispiele:

**Familien mit Kindern** bekommen mehr Kindergeld und einen höheren Kinderzuschlag. Dafür sind 4,5 Milliarden Euro vorgesehen.

**In den Bereich Bildung, Forschung und Hochschulen** sollen zusätzlich rund 9,5 Milliarden Euro fließen. Mit dem Geld sollen unter anderem die Forschung und Entwicklung gefördert, 100.000 Kita-Plätze geschaffen und die Hochschulfinanzierung gesichert werden.

**In Sachen Digitalisierung** setzt der Koalitionsvertrag wichtige Schwerpunkte und Impulse. Unter anderem werden eine bundesweite digitale Infrastruktur bis 2025 sowie der Ausbau der digitalen Bildung und Verwaltung versprochen.

Was jedoch die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die technischen und demografischen Herausforderungen angeht, stellt der Koalitionsvertrag die falschen Weichen. Auch hier drei Beispiele:

**In der Rentenpolitik** blenden Union und SPD nicht nur die demografischen Veränderungen aus, sie nehmen sogar die Reformen der Vergangenheit de facto zurück und schaffen neue Leistungsansprüche, indem sie die Mütterrente ausbauen und eine Grundrente einführen.

**In der Steuerpolitik** verschieben die Koalitionäre die Abschaffung des Solis ans Ende der Legislaturperiode und begrenzen sie auf 90 Prozent der Zahler. Immerhin soll die kalte Progression ausgeglichen werden.

**In der Arbeitsmarktpolitik** will die Koalition das Befristungsrecht ohne Not drastisch verschärfen (siehe iwd 4/2018). Außerdem erhöht sie durch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge die Arbeitskosten.

Allein dieser Dreiklang aus Rente, Steuern und Arbeitsmarkt wird die Beschäftigung in Deutschland verteuern – was im Widerspruch zur anvisierten Vollbeschäftigung steht.

**Fiskalische Effekte.** Die neue Bundesregierung wird sich auch daran messen lassen müssen, wie sie mit Geld umgeht. Das IW hat den Koalitionsvertrag unter diesem Aspekt analysiert und kommt – trotz bewusst vorsichtiger Abschätzung –

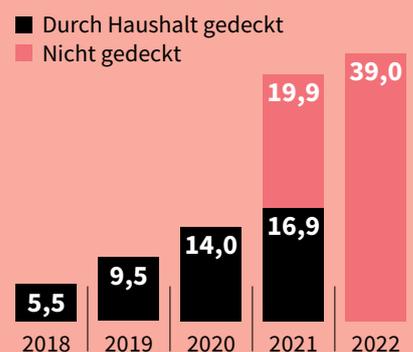
zu einem nicht besonders schmeichelhaften Ergebnis (Grafik Seite 3):

**Unter dem Strich hat allein der Bund in den Jahren 2018 bis 2021 einen Finanzierungsbedarf von mindestens 66 Milliarden Euro – seine frei verfügbaren Mittel betragen laut Koalitionsvertrag aber nur 46 Milliarden Euro.**

Bis 2021 droht dem Bundeshaushalt also ein Defizit von 20 Milliarden Euro. Hinzu kommen eventuell noch

## Bundeshaushalt: Auf dem Weg in die roten Zahlen

So viele Milliarden Euro braucht der Bund zusätzlich, um alle im Koalitionsvertrag aufgelisteten Maßnahmen zu finanzieren



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

bis zu 13,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau und den Digitalpakt Schulen, die aus den Versteigerungserlösen der 5G-Lizenzen finanziert werden sollen. Nicht in der IW-Rechnung sind auch jene Maßnahmen, für die noch keine konkreten Kosten genannt werden oder die noch nicht seriös zu beziffern sind.

Das Milliardenminus beim Bund ergibt sich aus folgender Rechnung:

**Mehrausgaben:** Mütterrente, höhere Überweisungen an den EU-Haushalt infolge des Brexit und all die anderen Vorhaben führen bei Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen zu Mehrausgaben von insgesamt 50,6 Milliarden Euro – davon entfallen 48,2 Milliarden auf den Bund.

**Mindereinnahmen:** Der Abbau des Solis und der kalten Progression sowie die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung bescheren dem Staat und den Sozialversicherungen Mindereinnahmen von 40,9 Milliarden Euro – davon entfallen 19 Milliarden Euro auf den Bund.

**Mehrausgaben und Mindereinnahmen summieren sich beim Staat und den Sozialversicherungen auf 91,5 Milliarden Euro – davon entfallen 67,2 Milliarden Euro auf den Bund.**

Dem stehen lediglich 3 Milliarden Euro an Mehreinnahmen durch die Abgeltungssteuer entgegen – davon 1,3 Milliarden Euro für den Bund.

Die Haushaltsrisiken sind vermutlich noch größer, denn die Rechnungsposten verteilen sich nicht gleichmäßig auf die Jahre 2018 bis 2021, sondern das Gros fällt am Ende der Legislaturperiode an. Aus politischer Sicht ergibt das durchaus Sinn, denn 2021 steht die nächste Bundestagswahl an und da machen sich Wahlgewinne für die eine oder andere Klientel immer gut.

Für den Steuerzahler aber, der das alles letztlich bezahlen muss,

wird es teuer: Denn selbst wenn der Bund bis 2021 neue Schulden verhindern kann – danach werden die zusätzlichen Ausgaben kaum ohne neue Kredite, Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen zu finanzieren sein.

Weil sich die Ausgaben zu Beginn des kommenden Jahrzehnts sprunghaft erhöhen, ohne dass steigende Einnahmen zu erwarten sind, droht folglich ein noch größeres Milliardenloch (Grafik Seite 2):

**Nach derzeitiger Einnahmeprognose fehlen dem Bund im Jahr**

**2022 mindestens 39 Milliarden Euro in der Kasse.**

Deshalb wird der neuen Regierung wohl nichts anderes übrig bleiben, als entweder ihren Maßnahmenkatalog deutlich abzuspecken – oder das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts aufzugeben.

#### IW Policy Paper 5/2018

Tobias Hentze et al.: Fiskalische Effekte des Koalitionsvertrags 2018

[iwkoeln.de/koalitionsvertrag](http://iwkoeln.de/koalitionsvertrag)

### Koalitionsvertrag: Die Rechnung geht nicht auf

Fiskalische Effekte des Koalitionsvertrags für 2018 bis 2021 in Milliarden Euro

	Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen insgesamt	darunter: Bund
<b>Mehrausgaben</b>	<b>50,6</b>	<b>48,2</b>
darunter:		
Mütterrente	10,7	3,2
EU-Haushalt	7,8	7,8
Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung	4,2	1,3
Eingliederungshilfe nach SGB II	4,0	4,0
Kindergeld	3,5	3,5
Ausbau Kindertagesstätten	3,5	3,5
<b>Mindereinnahmen</b>	<b>40,9</b>	<b>19,0</b>
davon:		
Solidaritätszuschlag	10,0	10,0
Abbau der kalten Progression	21,0	9,0
Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung	9,9	0,0
<b>Summe Mehrausgaben und Mindereinnahmen</b>	<b>91,5</b>	<b>67,2</b>
<b>Mehreinnahmen</b>	<b>3,0</b>	<b>1,3</b>
davon:		
Abgeltungssteuer	3,0	1,3
<b>Finanzierungsbedarf</b>	<b>88,5</b>	<b>65,9</b>
<b>Frei verfügbare Bundesmittel für „prioritäre Aufgaben“</b>		<b>46,0</b>

Finanzierungsbedarf: Hinzu kommen die Ausgaben vom Digitalpakt Schulen und geplanten Breitbandausbau in Höhe von 13,5 Milliarden Euro bis 2021, die aus dem Verkaufserlös der 5G-Lizenzen in Höhe von 15 Milliarden Euro über den Gigabit-investitionsfonds finanziert werden sollen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

**Kommentar.** Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD blendet aus, dass Deutschland vor einer gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich entscheidenden Legislaturperiode steht, kritisiert IW-Direktor Michael Hüther im iwd-Kommentar.



Foto: IW

## „Aufgeschoben ist aufgeschoben“

„Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.“ Schon der Titel des Koalitionsvertrags lässt ahnen, was Union und SPD in der neuen Legislaturperiode vorhaben: Jede Gruppe wird irgendwie bedacht.

Fast 100 Vorhaben listet der Koalitionsvertrag auf, da geht es ums Bafög, ums Kindergeld, um den Wohnungsbau, die EU, die Mütterrente, die Krankenversicherung und und und – aber ums große Ganze, um die langfristige Sicherung des Wohlstands, geht es kaum. Ausgerechnet in diesem zentralen Punkt bleiben die Koalitionäre weit hinter dem zurück, was möglich und nötig wäre.

Was nötig ist, sind strukturelle Reformen. Es geht nicht darum, ein bisschen an dieser und jener Schraube zu drehen, sondern darum, das große Rad zu drehen – denn Deutschland steht vor einer gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich entscheidenden Legislaturperiode.

Sicher, der deutschen Volkswirtschaft geht es so gut wie lange nicht mehr. Die Konjunktur boomt, mehr Menschen als je zuvor haben Arbeit, die Steuereinnahmen sprengen einen Rekord nach dem anderen.

Dass das nicht ewig so weitergehen wird, versteht sich zum einen von selbst und ist zum anderen durchaus als Warnung zu verstehen. Denn die Bundesrepublik steht vor einer ganzen Reihe an Herausforderungen, und jede einzelne hat das Zeug, unser Land nachhaltig zu verändern. Zu nennen sind vor allem die Digitalisierung der Arbeitswelt, der Zusammenhalt Europas, die Migration und der demografische Wandel.

Die Demografie zum Beispiel taucht im Koalitionsvertrag fünf Mal auf, und jedes Mal liest man Floskeln wie „wir wollen den Auswirkungen des demografischen Wandels entgegenwirken“. Nur wie? Im Kapitel „Heimat mit Zukunft“ verknüpfen die Koalitionäre das Thema mit der „europäischen Armutszuwanderung“ und wollen, was sonst?, eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einsetzen, die konkrete Vorschläge erarbeitet – bis Mitte 2019. Aufgeschoben ist aufgeschoben.

Apropos Kommission: Der Koalitionsvertrag ist voll davon, es gibt unter anderem die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, die Kommission Fluchtursachen, die Enquetekommission Stärkung der beruflichen Bildung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, die Rentenkommission, die Pflegemindestlohn-Kommission und, auch das darf nicht fehlen, die Kommission zur Entwicklung von Vorschlägen für ein modernes Vergütungssystem.

Und da wir gerade von Geld reden: Wegen des progressiven Steuerverlaufs geht schon bei geringeren Einkommen ein Großteil jedes zusätzlich verdienten Euro an den Staat. Doch statt diesen Mittelstandsbauch abzuschaffen, wollen die Koalitionäre den Soli stufenweise abbauen – erst ab 2021, versteht sich, und auch nicht für alle. Wer mit seinem Einkommen über einer bestimmten Freigrenze liegt, muss weiterhin von jedem zusätzlichen Euro rund 70 Cent an den Fiskus abführen. Das ist ökonomischer Irrsinn und hat, wie der Koalitionsvertrag, mit modern nichts zu tun.

# Übernehmen statt suchen

**Fachkräftemangel.** Vor allem kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fällt es in Deutschland immer schwerer, Fachkräfte zu finden. Denn entsprechend qualifiziertes Personal ist rar und auch Großunternehmen sind auf der Suche. Doch der Mittelstand reagiert, indem er immer mehr Auszubildende übernimmt.

Kleine Unternehmen mussten in jüngster Vergangenheit fast ein Drittel ihrer Suchen nach neuem Personal erfolglos abbrechen. Und auch wenn deutsche Firmen mittlerweile schon damit planen, dass sie 59 Tage brauchen werden, um eine vakante Stelle zu besetzen, reicht dieser Zeitraum selten aus:

**Eine freie Stelle wurde im Jahr 2017 in Deutschland nach 82 Tagen besetzt – das waren 13 Tage mehr als noch 2010.**

Und in den kommenden Jahren wird es wohl noch schwieriger werden. Denn einerseits geht die Generation der Babyboomer in Rente, andererseits boomt die Wirtschaft und immer mehr offene Stellen sind ab sofort zu besetzen – 2011 wollten Unternehmen in 70 Prozent der Fälle eine Position sofort besetzen, zuletzt galt das schon für 76 Prozent der Stellen.

Folglich gewinnt die Ausbildung von Nachwuchskräften weiter an Bedeutung. Den KMU fällt dabei traditionell eine entscheidende Rolle zu, denn sie bilden noch immer die meisten junge Leute aus.

Doch auch das ist laut Bundesinstitut für Berufsbildung gar nicht so einfach, da es den Firmen mittlerweile oft schwerfällt, ihre Ausbil-

dungsplätze zu besetzen – aus verschiedenen Gründen: Immer mehr junge Leute wollen studieren, es gibt durch den demografischen Wandel weniger Nachwuchs und viele wollen schlichtweg nicht jene Ausbildung absolvieren, für die ein Platz frei wäre.

Einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge lässt die mühselige Suche nach Auszubildenden die Ausbildungsbereitschaft sinken:

**Der Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben und in allen Betriebsgrößenklassen ist seit 2009 leicht rückläufig.**

Dennoch hat mehr als die Hälfte aller ausbildungsberechtigten Betriebe 2016 Fachkräfte ausgebildet. Werden nur Betriebe mit mindestens zehn Beschäftigten betrachtet, waren es sogar sieben von zehn. Bei mittleren Betrieben mit 50 bis 249 Mitarbeitern sank der Anteil der Ausbildungsbetriebe zwar, die Zahl der ausbildungsaktiven Betriebe stieg allerdings leicht.

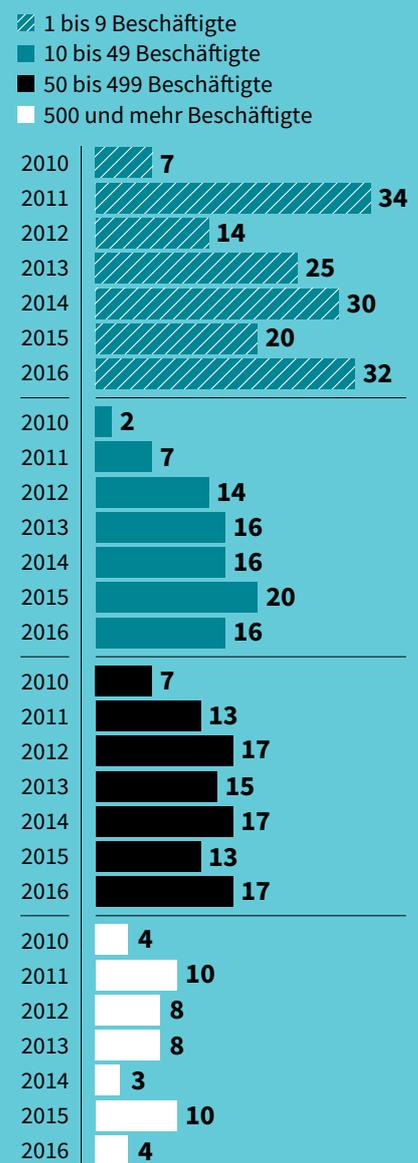
Gerade KMU haben den Stellenwert ihrer Azubis in Zeiten des Fachkräftemangels offenbar erkannt. Das zeigt ein Blick auf die Übernahmequoten (Grafik):

**Seit 2009 hat sich der Anteil der Azubis, die von ihrem Ausbildungsbetrieb direkt nach dem Berufsabschluss übernommen werden, merklich erhöht.**

Bei kleineren Firmen ist dieser Trend deutlich stärker auszumachen als bei Großunternehmen. Dies lässt vermuten, dass die KMU in der direkten Azubi-Übernahme eine Möglichkeit sehen, sich im Wettbewerb um fähigen Nachwuchs gegenüber finanzstarken Konzernen besser zu behaupten.

## Immer mehr Übernahmen

Um so viel Prozent erhöhte sich die Übernahmequote für Auszubildende gegenüber dem Jahr 2009.



Ursprungsdaten: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

### IW-Kurzbericht 20/2018:

Alexander Burstedde, Dirk Werner:  
Unternehmen müssen mehr Zeit für Personalsuche einplanen

# Chancen wiegen mehr als Transfers

**Lohngerechtigkeit.** „Ist der Brutto-/Nettoverdienst, den Sie in Ihrer jetzigen Stelle bekommen, aus Ihrer Sicht gerecht?“ Diese Frage beantwortet die Mehrheit der Beschäftigten in Deutschland mit „Ja“. Allerdings sind die meisten Arbeitnehmer mit ihrem Bruttogehalt zufriedener als mit dem, was netto übrig bleibt.

Ist es gerecht, wenn ein Krankenpfleger 2.388 Euro im Monat verdient? Und der Oberarzt 7.432 Euro? Und der Chefarzt mehr als 10.000 Euro? Über Lohngerechtigkeit wird viel diskutiert, vor allem in Zeiten von Tarifverhandlungen, wie sie gerade im öffentlichen Dienst stattfinden (siehe Seite 12: Neu auf iwd.de). Da geben sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber vor zu wissen, was eine angemessene Lohnerhöhung wäre, die zu einer gerechten Entlohnung führt.

Aber was sagen eigentlich die Arbeitnehmer selbst? Fühlen sie sich gerecht bezahlt?

Die für viele Skeptiker überraschende Antwort lautet: Ja, die Mehrheit der Beschäftigten fühlt sich gerecht entlohnt. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Analyse, die auf Daten von rund 13.200 abhängig Beschäftigten zwischen 16 und 69 Jahren basiert. Die Arbeiter und Angestellten arbeiteten im Befragungsjahr 2015 entweder Vollzeit, Teilzeit oder waren geringfügig beschäftigt. Ausgeschlossen waren einzelne Beschäftigtengruppen, zum Beispiel Auszubildende, Praktikanten, Wehrdienstleistende, Soldaten, Altersteilzeitbeschäftigte mit Nullstunden, Ein-Euro-Jobber und Selbstständige.

Das zentrale Ergebnis dieser Untersuchung zur Lohngerechtigkeit lautet (Grafik):

**Die meisten Beschäftigten in Deutschland, rund 61 Prozent, empfinden ihren Bruttolohn als gerecht.**

In fast allen Lohngruppen steigt allerdings das Ungerechtigkeitsempfinden, wenn sie ihren Nettoverdienst beurteilen sollen. Den halten nämlich nur noch rund 55 Prozent aller Beschäftigten für gerecht – das sind

## Entlohnung: Meistens als gerecht empfunden

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland empfinden ihren ... als gerecht

	... Bruttoverdienst	... Nettoverdienst
Männer	60,5	55,6
Frauen	61,4	55,3
Westdeutschland	63,2	57,3
Ostdeutschland	50,0	46,4

## Belastungen mit Steuern und Sozialabgaben

Weniger als 16 Prozent	71,9	73,1
Zwischen 16 und 25 Prozent	59,7	57,4
Zwischen 26 und 35 Prozent	54,0	49,8
Mehr als 35 Prozent	63,8	53,0

## Transferempfänger

Ja	56,2	54,1
Nein	61,1	55,5

## Beschäftigungsumfang

Vollzeit	58,7	52,3
Teilzeit	61,5	56,2
Geringfügig beschäftigt	78,7	80,0

## Nach Tarif bezahlt

Ja	63,2	56,0
Nein	56,3	51,8
Außertariflich bezahlt	71,3	64,9

**Insgesamt** 60,9 55,4

Stand: 2015

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

rund 5 Prozentpunkte weniger als bei der Betrachtung des Bruttolohns. In lediglich zwei Gruppen ist es umgekehrt: Arbeitnehmer mit Abgabenbelastungen von weniger als 16 Prozent und geringfügig Beschäftigte halten im Durchschnitt ihren Nettolohn für gerechter als ihren Bruttolohn.

Was folgt daraus? Eigentlich sind Steuern und Sozialabgaben auch dazu da, Lohnspreizungen zu verringern und staatliche Transferzahlungen zu finanzieren. Das müsste vor allem von Arbeitnehmern mit geringem Erwerbseinkommen goutiert werden, insbesondere dann, wenn sie Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Kinderzuschläge oder Hilfe für den Lebensunterhalt beziehen. Tatsächlich ist dies aber nicht immer der Fall. Das Zahlen von Steuern und Sozialabgaben übt offenbar einen negativen Einfluss auf das Gerechtigkeitsempfinden aus – insbesondere in den unteren und mittleren Bruttolohnklassen.

Während Männer und Frauen ihre Löhne mehr oder weniger gleich beurteilen, fühlen sich Verheiratete im Schnitt ungerechter bezahlt als ledige Beschäftigte. Leben Kinder unter 16 Jahren mit im Haushalt, wirkt sich dies ebenfalls negativ auf die Beurteilung der Lohngerechtigkeit aus.

**Die größte Ungerechtigkeit empfinden Bezieher von Erwerbseinkommen mit einer mittleren Abgabenlast zwischen 26 und 35 Prozent – in dieser Gruppe betrachtet nur knapp die Hälfte ihr Nettoeinkommen als gerecht.**

Zudem fühlen sich Beschäftigte, die Vollzeit arbeiten, in der Regel ungerechter entlohnt als teilzeit oder geringfügig Beschäftigte. Gleiches gilt für Arbeitnehmer mit viel Berufserfahrung im Vergleich zu unerfahrenen Kollegen.

Auch die Tarifbindung wirkt sich auf das Gerechtigkeitsempfinden aus: Besonders positive Wirkungen entfaltet sie bei den Beziehern niedrigerer Bruttostundenlöhne. Entscheidenden Einfluss kann auch die Betriebsgröße haben. Beschäftigte, die entweder in sehr kleinen Betrieben mit weniger als elf oder in sehr großen Firmen mit mehr als 2.000 Mitarbeitern arbeiten, bewerten ihren Bruttolohn meist als gerechter als jene, die in mittleren Betrieben arbeiten.

Wenig überraschend ist der Befund, dass mit steigendem Gehalt auch die empfundene Lohngerechtigkeit zunimmt (Grafik):

**Fast 80 Prozent derjenigen, die mindestens 23,09 Euro brutto in der Stunde verdienen, bewerten ihren Lohn als angemessen – in den Lohngruppen darunter sind es nur 49 bis 66 Prozent.**

Allerdings steigt mit dem Einkommen auch die Kluft zwischen Brutto- und Netto-Glück: Je höher das Einkommen, desto größer wird der Abstand zwischen den als gerecht empfundenen Brutto- und Nettoverdiensten.

Zwar schafft sowohl die direkt am Lohnfindungsprozess ansetzende als auch die nachgelagerte Umverteilung mehr Gleichheit, allerdings nicht automatisch mehr wahrgenommene Lohngerechtigkeit. Das heißt nicht, dass man auf die Umverteilungsmechanismen in einer sozialen Marktwirtschaft verzichten sollte, aber um die individuelle Lohngerechtigkeit zu erhöhen, sind offensichtlich andere Instrumente nötig.

Zu den staatlichen Hebeln, die das Gerechtigkeitsempfinden positiv beeinflussen können, zählen die Verfahrens- und Chancengerechtigkeit. Wer die Erfahrung gemacht hat, dass seine Möglichkeiten im Leben nicht von den sozialen Umständen abhängen, sondern vielmehr Ergebnisse des eigenen Handelns sind, fühlt sich wesentlich gerechter entlohnt als jemand, der das System als wenig chancengerecht einschätzt. Was die Chancengerechtigkeit verbessern würde, wären beispielsweise der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Erweiterung der Ganztagschulangebote.

#### IW Policy Paper 3/2018

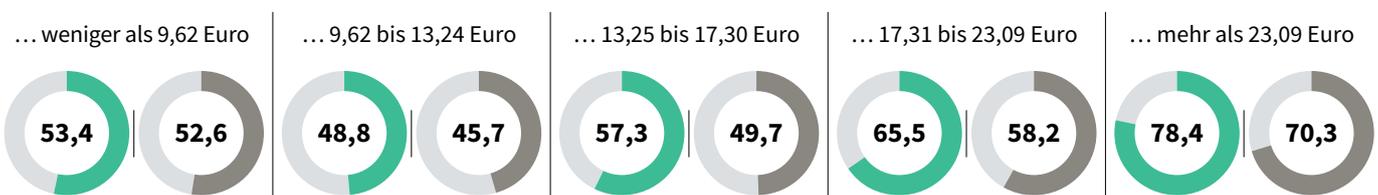
Helena Schneider: Wahrgenommene Lohngerechtigkeit in Deutschland. Leistung, Bedarf, Chancengerechtigkeit – Worauf basieren gerechte Löhne?

[iwkoeln.de/lohnungerechtigkeit](http://iwkoeln.de/lohnungerechtigkeit)

## Lohngerechtigkeit: Alle hadern mit den Abzügen

So viel Prozent der Beschäftigten mit einem Bruttostundenlohn von ... empfinden ihren Lohn als gerecht

■ Bruttoverdienst ■ Nettoverdienst



Stand: 2015

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel  
© 2018 IW Medien / iwd

# Bronze für Deutschland

**IW-Standortindex.** Ein internationaler Vergleich der Standortqualität von 45 Industrieländern zeigt: Was das aktuelle Niveau angeht, haben etablierte Staaten wie die Schweiz, die USA und Deutschland zwar die Nase vorn – doch die größere Dynamik zeigen Schwellenländer, allen voran China.

Wenn es um ökonomische Vergleiche geht, betrachten die meisten internationalen Studien die Volkswirtschaften als Ganzes – explizite Vergleiche einzelner Branchen gibt es kaum. Das IW hat sich deshalb speziell die Industrie vorgenommen und gefragt, wie es um deren Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität in 45 Ländern bestellt ist. Der IW-Standortindex untersucht

sechs Kategorien, die den Industriesektor maßgeblich beeinflussen, mit insgesamt rund 60 Einzelindikatoren:

**Staat:** In dieser Kategorie geht es um die institutionellen Rahmenbedingungen, dazu gehören Indikatoren wie Bürokratie, Rechtssicherheit sowie Arbeitsmarkt- und Unternehmensregulierungen.

**Infrastruktur:** Neben der Internet- und Breitbandversorgung

umfasst dieser Posten vor allem Straßen, Häfen und den Luftverkehr sowie die Leistungsfähigkeit der Logistiksysteme.

**Wissen:** Dazu zählen unter anderem das Humankapital, Innovationen und Patente sowie das Bildungsniveau der Bevölkerung.

**Ressourcen:** Hier geht es um den Zugang zu Rohstoffen und um Energieeffizienz, aber auch um die Verfügbarkeit von Krediten.

**Kosten:** Bewertet werden Steuer-, Arbeits-, Energie-, Zins- und Exportkosten.

**Markt:** Diese Kategorie verbindet Kennzahlen über die Größe und Entwicklung der Märkte mit Indikatoren zur Wertschöpfungskette und zum Außenhandel.

Die Bewertung dieser Indikatoren anhand von Statistiken und Umfragedaten von Institutionen wie Eurostat, OECD und Weltbank ergibt für jedes Land einen Index, der zwischen 0 und 200 (bester Wert) liegt. Daraus folgt das Standort-Ranking – in zwei Varianten:

**Das Niveau-Ranking** gibt die industrielle Standortqualität im Jahr 2015 wieder. Das Ergebnis (Grafik Seite 9):

**Auf dem Siegertreppchen stehen mit der Schweiz, den USA und Deutschland drei etablierte Industrienationen.**

Der Industriestandort Deutschland erreicht in fast allen Kategorien überdurchschnittliche Ergebnisse,

## Standort-Dynamik: Schwellenländer holen auf

Die zehn Länder mit der höchsten Dynamik der Standortqualität zwischen 2000 und 2015. Der Index bewertet auf einer Skala von 0 bis 200 (Höchstwert) die sechs Kategorien Staat, Infrastruktur, Wissen, Ressourcen, Kosten und Markt

		▲ Größte Verbesserungen
China	127,2	Markt, Ressourcen
Rumänien	125,8	Staat, Ressourcen
Kolumbien	120,8	Staat, Ressourcen
Peru	116,5	Markt, Ressourcen, Kosten
Mexiko	116,2	Markt, Staat
Ecuador	116,2	Markt, Wissen
Türkei	115,8	Infrastruktur, Markt, Staat
Philippinen	115,1	Wissen, Kosten
Vietnam	114,8	Markt, Staat
Russland	114,5	Staat, Kosten
...		
<b>Deutschland (Platz 19)</b>	<b>100,8</b>	<b>Infrastruktur, Wissen</b>

besonders ausgeprägt sind seine Stärken in drei Bereichen: In der Kategorie Infrastruktur (Platz 2) punktet Deutschland vor allem mit seiner guten Logistik, der Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur sowie mit der guten internationalen Anbindung über Luft- und Seehäfen. Beim Wissen (Platz 6) stechen das Bildungswesen und das Innovationsumfeld hervor. Und in Sachen Staat (Platz 13) profitiert die deutsche Industrie von der hohen Regierungseffizienz und der lokalen Wettbewerbsintensität.

Deutschlands größtes Manko sind – wie in den meisten klassischen Industrieländern – die im Vergleich zu den Schwellenländern hohen Kosten. Insbesondere wegen der hohen Arbeitskosten landet die Bundesrepublik in dieser Kategorie nur auf Platz 36 der 45 untersuchten Volkswirtschaften.

Auffallend im Niveau-Ranking ist zudem das relativ schlechte Abschneiden einiger EU-Staaten. Frankreich zum Beispiel landet als zweitgrößte EU-Volkswirtschaft – wenn man Großbritannien außen vor lässt – nur auf Platz 19; Spanien, Europas Nummer vier, muss sich mit Platz 23 zufriedengeben; und Italien, drittgrößte Volkswirtschaft in der EU, landet sogar nur auf Platz 29.

**Das Dynamik-Ranking** bewertet zwar dieselben Indikatoren wie das Niveau-Ranking, es misst aber nicht die industrielle Standortqualität im Jahr 2015, sondern deren Entwicklung im Zeitraum 2000 bis 2015.

Weil klassische Industrieländer wie die Schweiz, Deutschland und die USA bereits ein hohes Niveau erreicht haben und sich deshalb nur noch in kleinen Schritten verbessern können, tauchen sie in den Top 10 der dynamischsten Industrieländer gar nicht erst auf. Dieses Ranking führen stattdessen ausschließlich Schwellenländer an (Grafik Seite 8):

## Standort-Niveau: Die Top 10 der Industriestandorte

Zusammengefasster Indexwert auf einer Skala von 0 bis 200 (Höchstwert) für die sechs Kategorien Staat, Infrastruktur, Wissen, Ressourcen, Kosten und Markt im Jahr 2015

		+ Größte Stärken
Schweiz	135,0	Wissen, Staat
USA	132,4	Infrastruktur, Staat
<b>Deutschland</b>	<b>130,5</b>	<b>Infrastruktur, Wissen, Staat</b>
Schweden	129,2	Infrastruktur, Wissen
Dänemark	129,0	Staat, Wissen, Infrastruktur
Japan	128,2	Wissen, Infrastruktur, Staat
Niederlande	127,8	Infrastruktur, Staat
Vereinigtes Königreich	127,3	Staat, Infrastruktur
Norwegen	127,0	Infrastruktur, Staat
Neuseeland	126,2	Staat, Infrastruktur

Quelle: IW Consult  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

### China, Rumänien und Kolumbien sind die drei Länder, die ihre industrielle Standortqualität in den Jahren 2000 bis 2015 am meisten verbessern konnten.

Die größten Fortschritte haben die Schwellenländer in der Kategorie Staat erzielt, insbesondere in Sachen Bürokratie und institutioneller Ordnungsrahmen – Felder, auf denen sie auch den größten Nachholbedarf hatten. Gleiches gilt für die Kategorie Ressourcen, in der ausschließlich Schwellenländer in den Top 10 zu finden sind.

Von den klassischen Industriestandorten haben im Dynamik-Ranking nur Belgien, Schweden, Deutschland und Norwegen mehr als 100 Indexpunkte und damit mehr als den Industrieländerdurchschnitt von knapp 94 Punkten erreicht.

Die Bundesrepublik nimmt im Dynamik-Ranking mit rund 101 Punkten den 19. Platz ein, in der EU schneiden nur Polen (106) die Slowakei (102), Belgien (101) und

Schweden (101) etwas besser ab. Die Bundesrepublik punktet dabei mit ihren traditionellen Stärken. In der Kategorie Infrastruktur erreichte sie dank der gewachsenen Leistungsfähigkeit ihrer Logistiksysteme sowie Verbesserungen in der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur Platz 5; und Platz 9 in der Kategorie Wissen ist die Folge verbesserter Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie einer verbesserten Ausstattung mit Humankapital und Fortschritten im Innovationsumfeld.

Wie im Niveau-Ranking schneiden auch im Dynamik-Ranking einige EU-Staaten schlecht ab. Für Italien reicht es nur für Platz 36 unter den 45 Ländern, Spanien landet sogar auf dem viertletzten Platz.

#### Aus IW-Trends 1/2018

Cornelius Bähr, Agnes Millack: IW-Standortindex – Deutschland auf Rang 3  
[iwkoeln.de/standortindex](http://iwkoeln.de/standortindex)

# Langzeitarbeitslose besser fördern

**Arbeitslosigkeit.** Deutschlands Arbeitsmarkt boomt, davon haben in den vergangenen Jahren auch Langzeitarbeitslose profitiert. In Luft aufgelöst hat sich das Problem allerdings nicht – und die Arbeitsmarktpolitik spart beim Budget der Jobcenter ausgerechnet am falschen Ende.

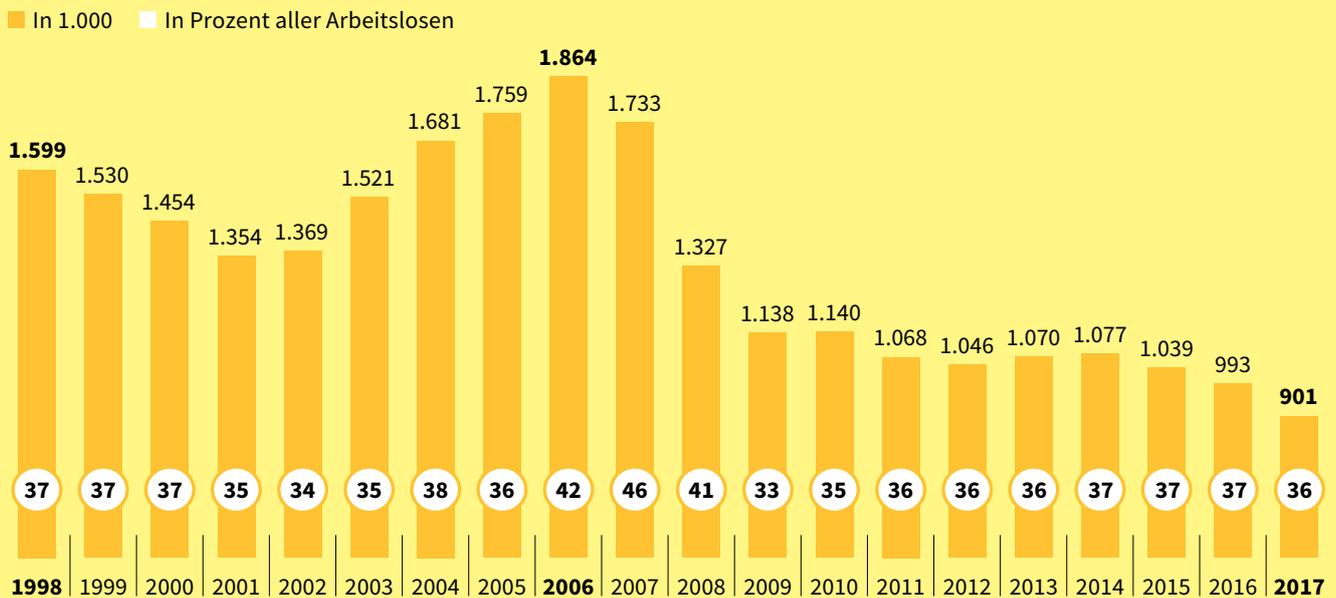
In Deutschland lebten im Jahresdurchschnitt 2017 genau 900.745 Menschen, die seit mehr als zwölf Monaten ununterbrochen arbeitslos waren – und damit definitionsgemäß als langzeitarbeitslos gelten.

Die gute Nachricht: Das sind nicht einmal mehr halb so viele wie zum Höchststand vor gut zehn Jahren, als fast 1,9 Millionen Bundesbürger für den Arbeitsmarkt verloren schienen (Grafik). Dass das Problem kleiner geworden ist, heißt jedoch nicht, dass es nichts mehr zu

tun gäbe. Zwar haben Langzeitarbeitslose besonders vom Arbeitsmarktaufschwung Ende der 2000er Jahre profitiert: Ihr Anteil an allen Arbeitslosen liegt inzwischen nur noch bei 36 Prozent, auf dem Höchststand 2007 waren es 46 Prozent. Seit 2011 tut sich an der Relation von Langzeit- zu Kurzarbeitslosen jedoch nicht mehr viel.

Um das zu ändern, gibt es für die Arbeitsmarktpolitik zwei Ansatzpunkte:

## Weniger Langzeitarbeitslose



Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© 2018 IW Medien / iwd

**1. Mehr Geld in – die richtigen – Qualifizierungsmaßnahmen stecken.** Gut zwei Drittel aller Langzeitarbeitslosen sind entweder über 55 Jahre oder streben aufgrund fehlender Qualifizierung lediglich einen Helferberuf an. Manchmal sind einst erlernte Berufe am Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt, doch auch die Dauer der Arbeitslosigkeit selbst vernichtet beruflich verwertbare Kenntnisse.

Deshalb ist es sinnvoll, gerade Dauerarbeitslose mit Qualifizierungsmaßnahmen wie Weiterbildungen zu unterstützen. Das passiert auch – allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Langzeitarbeitslosen, die überwiegend in den Jobcentern betreut werden, und Arbeitslosengeld-I-Empfängern (ALG-I), für die die Arbeitsagenturen zuständig sind:

**Kurzfristige Maßnahmen der Aktivierung und der beruflichen Eingliederung werden häufiger von Langzeitarbeitslosen absolviert als von Kurzeitarbeitslosen, bei Weiterbildungen ist es umgekehrt.**

Zudem ist das Weiterbildungsbudget der Arbeitsagenturen für einen arbeitslosen ALG-I-Empfänger fast doppelt so hoch wie das Budget der Jobcenter für einen Hartz-IV-Arbeitslosen.

Tendenziell waren die Pro-Kopf-Mittel für alle Eingliederungsmaßnahmen, mit denen arbeitslose ALG-II-Empfänger bedacht werden können, in der Vergangenheit rückläufig: Im Jahr 2012 standen noch fast 1.900 Euro zur Verfügung, 2015 weniger als 1.700 Euro. 2016 belief sich das Budget zwar wieder auf rund 1.800 Euro je Arbeitslosen – allerdings nur, weil die Jobcenter 575 Millionen Euro zusätzlich für die Flüchtlinge bekommen hatten.

Dass das Geld in den Jobcentern so knapp ist, hängt auch mit seiner Umschichtung in die Verwaltungskosten zusammen. Es wird nämlich unter anderem dafür benötigt, die Betreuer zu finanzieren – und das leitet über zum zweiten Hebel für den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit:

**2. Mehr Personal für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen einsetzen.** Besonders Erfolg versprechend ist es, wie Modellprojekte gezeigt haben, wenn die Leistungsempfänger im Jobcenter individuell betreut werden, und zwar im häufigen persönlichen Kontakt. Doch dafür reicht das für die Betreuung vorgesehene Personal der Jobcenter hinten und vorne nicht. Betroffen sind vor allem Jugendliche (Grafik):

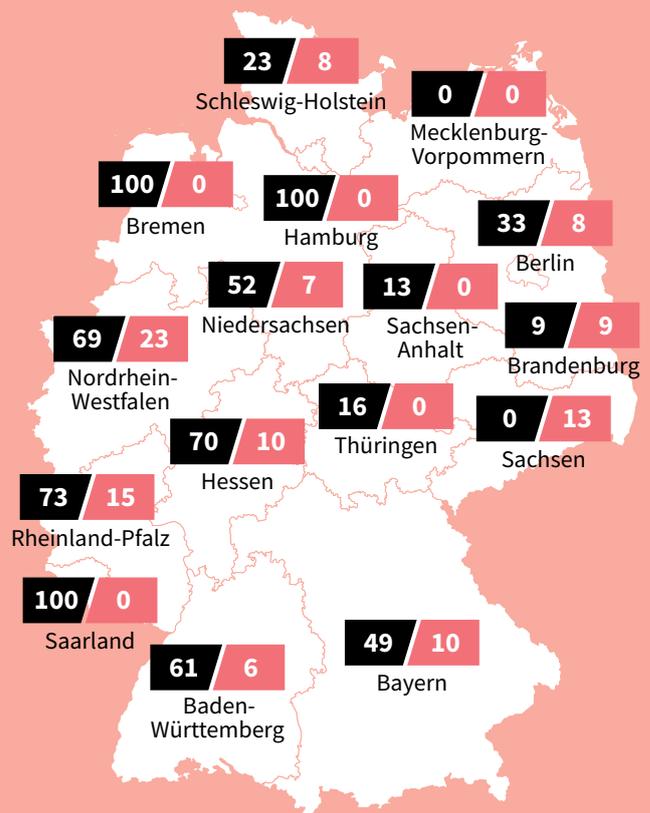
**In neun Bundesländern schafft es mindestens die Hälfte der Jobcenter nicht, die gesetzliche Vorgabe von einem Betreuer für maximal 75 Langzeitarbeitslose von unter 25 Jahren einzuhalten.**

Weil die Obergrenze für über 25-Jährige doppelt so hoch ist, sieht es hier etwas besser aus.

## Jobcenter: Jugend schlecht betreut

Laut Gesetz soll ein Betreuer im Jobcenter für maximal 150 Arbeitslosengeld-II-Empfänger ab 25 Jahren beziehungsweise für höchstens 75 unter 25-Jährige zuständig sein. So viel Prozent der Jobcenter in diesen Bundesländern verfehlten im März 2016 die gesetzlich vorgegebenen Betreuungsrelationen für ...

■ ... unter 25-Jährige ■ ... über 25-Jährige



Urspungsdaten: Deutscher Bundestag  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Fest steht: Geld für Langzeitarbeitslose ist in der Qualifizierung und Aktivierung besser angelegt als in Lohnkostenzuschüssen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Denn Arbeitslose, die einmal an einer solchen Maßnahme teilgenommen haben, signalisieren potenziellen Arbeitgebern vor allem eins: Sie sind schwer vermittelbar.

### IW Policy Paper 6/2018

Holger Schäfer: Langzeitarbeitslosigkeit – Entwicklung, Ursachen und Lösungsansätze

[iwkoeln.de/langzeitarbeitslosigkeit](http://iwkoeln.de/langzeitarbeitslosigkeit)

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe (verantwortlich)  
**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-523  
**Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de



# Top-Liste: Limousinen und Schokolade

Deutschland zählt zu den Exportschergewichten, das ist nichts Neues. Im vergangenen Jahr kauften andere Staaten für 1,3 Billionen Euro Waren bei uns ein. Bloß: Was genau verkaufen deutsche Unternehmen eigentlich so erfolgreich? In erster Linie natürlich Autos, so geht aktuell jeder dritte deutsche Pkw nach China. Maschinen, chemische Erzeugnisse sowie Geräte und Ausrüstungen der Elektroindustrie zählen ebenfalls zu den Topsellern der deutschen Wirtschaft. Aber auch Medikamente und Nahrungsmittel, zum Beispiel jährlich mehr als 800.000 Tonnen Schokolade, finden reichlich ausländische Abnehmer. Kraftwagen und Kraftwagenteile zählten übrigens auch zu den wichtigsten Handelsgütern, die Deutschland einführt: Die Importe in diesem Segment beliefen sich 2017 auf 114,6 Milliarden Euro, gefolgt von Datenverarbeitungsgeräten (112,7 Milliarden Euro) und Maschinen (80,5 Milliarden Euro). Auch mehr als 400.000 Tonnen Importschokolade fanden 2017 ihren Weg nach Deutschland.

Zahl der Woche

**137.700**  
**Deutsche**

studierten 2015 an einer Hochschule im Ausland. Damit kamen auf 1.000 deutsche Studenten an deutschen Hochschulen 57 Studenten an ausländischen Universitäten. Die drei beliebtesten Länder waren Österreich (20 Prozent), die Niederlande (16 Prozent) und das Vereinigte Königreich (11 Prozent). Die meisten deutschen Auslandsstudenten schrieben sich für die Fächergruppe der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein, aber auch Kunst und Medizin sind sehr beliebt.

## Deutschlands wichtigste Exportgüter

Ausfuhren im Jahr 2017 in Milliarden Euro

Kraftwagen und Kraftwagenteile	234,4
Maschinen	183,6
Chemische Erzeugnisse	114,7
Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	110,5
Sonstige Waren	88,8
Elektrische Ausrüstungen	83,0
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse (z. B. pflanzliche oder homöopathische Arzneizubereitungen, Antisera)	75,9
Sonstige Fahrzeuge (z. B. Schiffe, Schienenfahrzeuge, Hubschrauber)	57,9
Nahrungsmittel und Futtermittel	54,0
Metalle	53,8
...	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.279,1</b>

Sonstige Waren: Waren, die zur Zeit der Erfassung noch nicht zuordenbar sind

Quelle: Statistisches Bundesamt  
 © 2018 IW Medien / iwd



## Öffentlicher Dienst: Welches Lohnplus reicht?



Haben die Mitarbeiter des öffentlichen Diensts einen Lohnrückstand gegenüber den Beschäftigten der Gesamtwirtschaft aufzuweisen oder nicht? Alles eine Frage des Vergleichszeitraums, erklärt der Tarifexperte des IW, Hagen Lesch, in seinem Beitrag zu den laufenden Tarifierhandlungen im öffentlichen Dienst. Mehr dazu auf iwd.de.